

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Die Vereinigung der SPD (West) mit der SPD der DDR vor vier Jahren würdigt der SPD-Vorsitzende **Rudolf Scharping**.

Seite 1

Mit dem politischen Verhalten junger Frauen unter 30 befaßt sich die Vorsitzende der SPD-Kommission Jugend, **Ruth Winkler**.

Seite 2

Ein jämmerliches Bild der verpaßten Chancen hinterläßt die Koalition am Ende der Legislaturperiode in der Ausländerpolitik nach Meinung von **Cornelia Sonntag-Wolgast MdB**.

Seite 6

49. Jahrgang / 185

26. September 1994

### Zusammenwachsen, Verständigung, Interessenausgleich vorleben

Zum vierten Jahrestag der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien am 27. September 1990

Von **Rudolf Scharping**  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Mit großer Freude und mit Stolz kann die SPD heute auf die Vereinigung ihrer beiden Teile aus Ost und West zurückblicken. Über 40 Jahre lang war es in der DDR verboten, sich als Sozialdemokrat zu organisieren. Der Vorwurf des "Sozialdemokratismus" war eine der schlimmsten gesellschaftlichen Ächtungen, die die SED-Machthaber zu vergeben hatten. Es brauchte deshalb besonderen Mut, im Herbst 1989 eine Partei in der DDR neu zu gründen, die erstmals wieder den sozialdemokratischen Namen trug.

Aber auch Unsicherheit und Skepsis waren spürbar, als ein Jahr später die Fast-Millionen-Partei des Westens mit dieser Neugründung von wenigen Zehntausend fusionierte. Was würde aus den eigenständigen Erfahrungen, den so anders gearteten ostdeutschen Biographien werden? Würden sie nicht notwendig verschwinden angesichts der großen Dominanz der gewachsenen und gefestigten Westpartei?

Heute können wir feststellen, daß die SPD immer noch und mehr denn je einen eigenständig wahrnehmbaren selbstbewußten, an Mitgliederzahlen langsam zunehmenden ostdeutschen Teil ihrer Partei hat. Er stellt heute zwei hervorragende Ministerpräsidenten, Manfred Stolpe und Reinhard Höppner, und es besteht die Chance, daß es noch mehr werden. Die SPD in den neuen Landesverbänden führt aktiv und engagiert ihre Wahlkämpfe, sie stellt zahllose Bürgermeister und Landräte und wird von den Bürgerinnen und Bürgern als ihre Interessensvertreterin wahrgenommen.

Schauen wir auf die anderen Parteien, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Regierungsparteien haben sich schamlos der alten DDR-Blockparteien bedient. Die PDS wird ihre SED-Vergangenheit nicht los und schafft es als regionale Protestpartei nicht, im Westen Fuß zu fassen. Bündnis 90 und Grüne tun sich schwer, ihre unterschiedliche Herkunft und die verschiedenen Politikansätze unter einen Hut zu bekommen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 1901 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung: Druckung  
mit wertvollem Recycling-Papier



Wolfgang Thierse, damals noch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, hat uns auf dem Berliner Parteitag der Vereinigung gemahnt, als Partei der Solidarität und Toleranz zu zeigen, wie das Zusammenwachsen, die Verständigung, der Interessenausgleich geht. Daß es vorgelebt werden muß in unserer Partei, wenn wir es der Gesellschaft vorschlagen. Sicher ist dies nicht ohne Widersprüche und Blessuren abgegangen. Aber wir können heute mit Stolz feststellen, daß wir ein gutes Stück des Weges hinter uns gebracht haben.

Es gibt einen guten Grund für dieses Gelingen. Wir Sozialdemokraten haben die deutsche Einigung nicht wie andere als ein wesentlich parteipolitisch nützliches Projekt verstanden. Willy Brandt hat uns mit den Worten den Weg gewiesen, daß es unsere Aufgabe sei, uns um das zu kümmern, wovon wir meinen, daß wir es den Menschen schuldig seien; dem eigenen Volk, den europäischen Nachbarn, den Partnern in einer immer kleiner werdenden einen Welt. Das ist etwas anderes, als den Menschen mit immer neuen Versprechungen, 1990 wie 1994, vorzugaukeln, daß der Segen "blühender Landschaften" nur von einem Kanzler aus Oggersheim kommen könne.

Die Sozialdemokraten haben mit ihrer Politik der Verständigung und Entspannung in den siebziger und achtziger Jahren den Weg zur deutschen Einheit bereitet. Willy Brandt steht für diese Politik. Aber er hat 1990 auch die Gefahren und die Probleme gesehen und vor den falschen Nutznießern gewarnt:

"Die Probleme werden nicht geringer, wenn sich beim Ernten solche besonders breit machen, die nicht dabei waren, als gesät wurde, und die allzu sehr - wenn nicht überhaupt nur - ihren eigenen Vorteil im Auge haben. Jetzt muß Solidarität großgeschrieben werden, und das heißt tätige Verantwortung der Stärkeren gegenüber den Schwächeren. Füreinander einstehen und mit der Vergangenheit ehrlich umgehen - dazu lade ich ein, darum bitte ich."

Herr Kohl hätte die Botschaft hören können. Er hat sie bis heute nicht begriffen.

(-/26. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Junge Frauen und Politik** Trends und politische Konsequenzen

Von Ruth Winkler  
Mitglieder des SPD-Vorstandes

Die Zukunft junger Frauen behandelt ein neues Buch der SPD-Vorstandsmitglieder Regine Hädebrandt und Ruth Winkler. Dieses Buch wird am 26.09.1994 in Bonn vorgestellt. Die Beiträge des Buches behandeln Lebenspläne, Lebenslagen und Lebensstile junger Frauen; Ausbildung und Arbeitsmarkt, neue Technologien, Jugendhilfe und Jugendverbandsarbeit, Personalförderung in Betrieben und politisches Verhalten. Ruth Winkler, Vorsitzende der SPD-Kommission Jugend, stellt in unserem Beitrag Überlegungen und Thesen zum Thema Junge Frauen und Politik vor.

1. Unsere Gesellschaft lebt in ihrem Eigenverständnis insbesondere von den Impulsen, die von der Neugier, den Ideen und der Mobilität nachrückender Generationen ausgehen. Es gibt deshalb ein tiefgehendes Bedürfnis nach Erklärungsmustern: Was ist mit der Jugend los?

Innerhalb der Jugendforschung wurde in den 80er Jahren eine Akzentverlagerung von der mehr entwicklungspsychologischen hin zur gesellschaftlich-sozialen Seite vollzogen. Es interessieren heute stärker die gesellschaftlichen, sozialen und politischen Beteiligungsmuster im Wandel. Der Blick richtet sich in der Folge auf die Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden, auf die Zugehörigkeit zu neuen sozialen Bewegungen, auf die Verhaltensmuster in politischen Prozessen. Auch die Geschlechter werden in ihren je spezifischen Rollen in diesen Prozessen neu wahrgenommen und beurteilt.

In absoluten Zahlen sind es heute über 6 Millionen junge Frauen zwischen 16 und 29 Jahren. Sie folgen nicht mehr wie früher begleitend dem männlichen Lebensentwurf. Sie versuchen mit viel Ausdauer und Initiative Familie und Beruf zu verbinden. Unterstützung und Phantasie erwarten sie dabei auch von der Politik. Deutlich sind die Nachteile und Defizite, denen Frauen immer noch ausgesetzt sind und deren Bedeutung verhamlost wird, weil man an sie gewöhnt ist und weil die langfristigen Konsequenzen zu wenig bekannt sind. Junge Frauen müssen überall besser sein als junge Männer, um die gleichen Chancen zu erhalten. Trotz der positiven Entwicklung in den letzten Jahren - bessere Schulbildung, höhere Erwerbsquote und steigende Einkommen - schneiden die Frauen im Vergleich schlechter ab. Auf dem Arbeitsmarkt wird zu wenig Gegenläufiges auf den Weg gebracht. Für die uneingelösten Punkte der Gleichstellung gibt es unterschiedliche Konzepte. Geschehen muß etwas, darüber sind sich alle einig, aber es gibt sehr unterschiedliche Wege. Die Politik muß sich dem Engagement der Frauen zumindest ebenbürtig erweisen.

In vielen Bereichen sind die Unterschiede in den Einstellungen und Lebensperspektiven zwischen den Geschlechtern nur noch schwach ausgeprägt. Sie sind in Ostdeutschland - wie zuvor in der DDR - noch etwas deutlicher erkennbar. Differenzen in den Einstellungen und Lebensperspektiven werden am deutlichsten sichtbar in einem höheren Stellenwert der Familie sowie geringerem politischen Interesse und Aktivitäten. Letzteres wiederum vermindert die Möglichkeit zur Durchsetzung spezifischer weiblicher Interessen und Wünsche, z. B. im Hinblick auf eine stetige Verwirklichung der Verbindung von Familie und Beruf.

2. Die jungen Frauen von heute sind eher selbstbewußt, stehen gesellschaftlichen und politischen Problemen kritisch gegenüber und sind gut informiert. Waches soziales Interesse führt jedoch nicht automatisch zu politischem Engagement, sondern ist eine Politisierung an den Parteien, den Institutionen und ihren Spielregeln vorbei. Die Befragungen der letzten Jahre haben ein realistisches, ernüchterndes Bild vom Verhältnis (nicht nur) der weiblichen Hälfte der Jugend zur Politik gezeichnet. Eine sozialdemokratische Erwartung hat sich nicht erfüllt, nämlich, daß die Angleichung der Bildungschancen dauerhaft zu einer Einebnung geschlechtsspezifischer Differenzen im politischen Verhalten führen werde. Nach wie vor weisen auch junge Frauen ein geringeres Interesse an der herkömmlichen Politik und ein gesellschaftliches Engagement auf, das stärker auf das engere soziale Umfeld hin ausgerichtet ist.

Die Wahlbeteiligung der Frauen aller Altersgruppen liegt wieder wachsend unter der der Männer. Negativ beeinflusst wird die Wahlbereitschaft durch die Überzeugung, nur wenig bewirken zu können. Von den jungen NichtwählerInnen halten es mehr als die Hälfte für bedeutungslos, ob sie wählen oder nicht. Innerhalb von 20 Jahren sank die Wahlbeteiligung bei den 18 bis 21jährigen Frauen um mehr als das Doppelte, bei den 21 bis 24jährigen sogar um fast das zweieinhalbfache. Auch die Europawahl 1994 bestätigte die geringere Bereitschaft unter den jungen Frauen, zur Wahlurne zu gehen. Unzufrieden scheinen besonders die 21 bis 24jährigen Frauen zu sein. Nicht einmal die Hälfte von ihnen ist am 12. Juni 1994 zur Wahl gegangen. In Ostdeutschland waren es sogar nur 46 Prozent.

Die Wahlforscher interpretieren die Distanz unterschiedlich, von "demokratischer Normalisierung" über "Desinteresse" bis hin zu "politischer Unzufriedenheit". Wenn beispielsweise

im Bundeshaushalt der Etat für den Straßenbau um über 30 % gesteigert und der Etat für das Bildungsministerium um 4 % gekürzt wird, könnte man sogar sagen, daß Jugendliche ihre Kritik an der Politik recht zurückhaltend formulieren.

Interesse an Politik äußern die jungen Frauen seltener als ihre männlichen Altersgenossen. Das liegt offenbar weniger an der Konkurrenz anderer Lebensbereiche als "Fremdheit" bzw. Reserviertheit gegenüber den staatlichen Institutionen, den Parteien und den politischen Organisationen. Die gleichen Frauen äußern sich nämlich auf die Frage nach politischen Inhalten, die sie betreffen oder interessieren dezidiert und informiert. Dabei zeigen die weiblichen Befragten in Ostdeutschland eine relativ größere Distanz. Möglicherweise sind das Desinteresse und die Kritik an der Politik auch Ausdruck der Tatsache, daß die Parteien sich nur beiäufig um jene Fragen kümmern, die junge Frauen besonders interessieren. Dies sind keineswegs nur persönliche Probleme, sondern können durchaus wie allgemeine Ziele der Umweltschutz oder die friedliche Entwicklung in Europa sein.

3. Seit 1972 zeigt sich bei den jungen Frauen ein strukturelles Übergewicht von Mitte links: Anfangs für die SPD, seit 1980 für SPD und Grüne zusammen, heute zugunsten der Grünen verschoben. Im Osten hat die PDS einiges an sich gezogen. Die ältere Frauengeneration repräsentiert noch das alte Parteiensystem, während die jungen Frauen als Katalysator einer veränderten Parteienlandschaft gelten. Der Anteil ohne feste Parteienpräferenz liegt heute weit über den Werten für Anfang der 80er Jahre. Betrachtet man die Präferenzen im einzelnen, so ist der Bedeutungsverlust der großen Volksparteien eklatant. Mittlerweile sind Bündnis 90/Grüne bei den jungen Frauen genauso beliebt, wie jene.

Nicht nur inhaltliche oder personale Defizite der Parteien, sondern eher noch stärker der soziale Wandel haben die Distanz zur Politik vergrößert. Die eingeführten Politikformen und -normen sind parallel zur Veränderung von Milieus, Lebensstilen und Lebenslagen in zunehmende Rechtfertigungsnot gekommen. Der Anteil weiblicher und männlicher Jugendlicher in Ost und West, die Bereitschaft für unkonventionelle Teilnahmeformen bekunden, ist beachtlich hoch. Demgegenüber ist die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in einer Partei sehr gering. Diese Quote hat sich allerdings im Zeitvergleich der letzten 10 Jahre stabil gehalten.

Die Abkehr von Formen des alten organisierten Engagements hin zu eher informellen und situativen Beteiligungsformen haben Jugendforscher in den 80er Jahren mehrheitlich positiv gewürdigt und auf den Begriff der "Entgrenzung der Politik" gebracht. Inzwischen spricht z. B. die Shell-Jugend-Studie 1993 von der "Ortlosigkeit des Politischen". Viel höher im Kurs stehen informelle Netzwerke im Freundes- und Bekanntenkreis, in Cliquen und Szenen.

Großgeschrieben werden Selbstverwirklichung, jugendkulturelle Gemeinschaften und unmittelbare Teilhabe. Studien nennen Wertorientierungen, die Stärken sind und auf die gesetzt werden sollte: Gleichheit gegenüber Hierarchie, Flexibilität gegenüber Starrheit, Prozeß- statt Ergebnisorientierung, Kooperation statt Konkurrenz, Querdenken und Vernetzen statt Ressortdenken. Hieran müssen sozialdemokratische Angebote anknüpfen. Die Vorschläge offener Parteiarbeit in Form von projektbezogenem Engagement sowie der größeren Beteiligung an Entscheidungen (Urwahlen, Urabstimmungen etc.) haben gerade für junge Frauen besondere Relevanz.

4. Auch wenn alle Jugenduntersuchungen zumindest einige Fragen zur politischen Themenstellung enthalten, befassen sich nur wenige von ihnen mit dem Verhältnis von Jugend zum politischen Alltag. Hier setzt eine **Untersuchung des SPD-Partelvorstandes** aus dem Frühsommer 1994 an, bei der rund 6.500 weibliche SPD-Mitglieder zwischen 16 und 28 Jahren im gesamten Bundesgebiet angeschrieben und mit einem Fragebogen um Auskunft gebeten wurden.

Im Kern geht es um die Frage, wie die **Partizipation junger Frauen** gefördert, wie auch die SPD gefordert werden kann und muß. Die vorliegende Untersuchung ist gedacht als Pilotprojekt für ein mittelfristig angelegtes Projekt "Engagement und Partizipation junger Frauen". Auf der Grundlage von rund 2.200 ausgewerteten Fragebögen hat die SPD einen Überblick über das Profil ihrer jungen weiblichen Mitglieder gewonnen: Auskunft über Qualifikationen und Aktivitätsmustern, über Motivation und Rückzug, über persönliche und politische Wünsche.

Die wichtigsten Ergebnisse werden in der vorliegenden Veröffentlichung vorgestellt und durch weitere Daten sowie Hinweise ergänzt. Ich nenne an dieser Stelle die Punkte, die mir besonders aufgefallen sind:

- o Die jungen Frauen sind hoch qualifiziert und überdurchschnittlich aktiv.
  - o Sie sind nicht nur bereit, Verantwortung zu übernehmen, sondern trauen sich auch Durchsetzungskraft und Führungsstärke zu.
  - o Sie wollen gestalten, sind dabei aber "moderner" als junge Männer und andere Altersgruppen; stärker als jene setzen sie nämlich auf Transparenz, stringente Organisation, kooperative Formen.
  - o Ohnmachtsgefühle beschäftigen jede zweite andererseits im Politiktag.
  - o Die Jusos sind fast bedeutungslos als Eintrittsweg, gewinnen dann aber einen hohen Stellenwert als Frustrationsfilter und "frischere" SPD-Variante.
5. Die Kommission Jugend des SPD-Parteivorstandes hat einige jugendpolitische Kernaussagen in das sozialdemokratische Regierungsprogramm 1994 eingeschrieben. Die neu geschaffenen Beteiligungsmöglichkeiten in der SPD entsprechen den mehrheitlichen Erwartungen auch der jungen Frauen. Es ist darüber hinaus Aufgabe der gesamten SPD - und das ist die besondere Verantwortung der Spitzen-Repräsentanten - für eine vernünftige Berücksichtigung der jungen Frauen bei Parteiämtern und öffentlichen Mandaten zu sorgen. **Eine weitere Reduzierung öffentlicher Darstellung auf die (Männer-) Jahrgänge von 1940 - 1950 wäre schlicht (wahl-) politisch dumm.**

Jugend- und Meinungsforschung sagen uns, daß die jungen Frauen die politischen Themen und Aufgaben ähnlich gewichten wie wir es aus der Gesamtbevölkerung her kennen. Es gibt allerdings deutliche Akzentsetzungen bei Umweltschutz und demokratischen Rechten, bei Bildungschancen sowie bei der Gleichstellung. Bei den jungen Frauen finden wir eine klare Mehrheit für eine sozial-ökologische Politik. Wir sollten deshalb versuchen, diese soziale Gruppe als **Lokomotive für notwendige Reformen** und Umbauschritte zu gewinnen.

"Ran an die Zukunft - raus aus den Sackgassen" hieß 1986 eine gemeinsame Initiative der Jusos, der sozialdemokratischen Frauen (AsF), der Falken und des AWO-Jugendwerks, die sich mit den Zukunftschancen junger Frauen und Mädchen in den verschiedensten Lebensbereichen beschäftigte. Mittlerweile ist eine neue Generation von jungen Frauen in die SPD eingetreten. Ihre Zahl beträgt im Sommer 1994 rund 14.000.

Die SPD sollte mit ihnen zusammen einen neuen Anlauf versuchen.

(-/26. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Koalition hinterläßt jämmerliches Bild der verpaßten Chancen  
Zur heute beginnenden "Woche des ausländischen Mitbürgers"**

**Von Cornelia Sonntag-Wolgast MdB  
Stellvertretende Innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Die "Woche des ausländischen Mitbürgers" ist zur guten Tradition geworden und zweifellos unerlässlich für ein Klima der Verständigung und besseren Beziehungen zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Nation und Religion. Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen engagieren sich, schaffen Foren zur Information und zum genauen Kennenlernen - und Politiker helfen mit.

Aber Sympathie- und Solidartätsbekundungen reichen nicht aus. Die Ausländerinnen und Ausländer, die bei uns leben - viele von ihnen schon in der zweiten und dritten Generation - haben einen Anspruch auf konkrete Schritte. Die auslaufende Legislaturperiode jedoch hinterläßt ein jämmerliches Bild der versäumten Chancen und es anhaltenden Widerstandes aus dem Lager der konservativen Hardliner bei der Behandlung ausländer- und flüchtlingspolitischer Probleme. Die große Mehrheit der CDU/CSU torpedierte jeglichen Fortschritt, die FDP - im Herzen oder verbal durchaus an Reformen interessiert - scheute den Konflikt in der Koalition und knickte ein. So nehmen wir die dringlichsten Vorhaben hinein in die kommende Legislaturperiode. Die SPD wird unverzüglich die neuen Mehrheiten in Bonn nutzen, um die Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger voranzubringen. Nötig sind vor allem:

- Einbürgerungserleichterungen mit einem Anspruch auf Einbürgerung nach acht Jahren Aufenthalt und die Ermessenseinbürgerung nach fünf Jahren,
- die Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit,
- Änderungen im geltenden Ausländerrecht, vor allem ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische EhepartnerInnen nach zwei Jahren ehelicher Lebensgemeinschaft, in Härtefällen ohne Wartezeit,
- weitere Bemühungen um die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer auch aus Staaten außerhalb der EU,
- die verstärkte Beschäftigung von Ausländern bei der Polizei,
- die im Asylgesetz vorgesehene Absicherung des Status von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlings. Wir fordern den Bund abermals auf, sich endlich mit den Ländern auf eine gerechte Beteiligung an den Kosten für Aufnahme und Unterbringung dieser Flüchtlinge zu einigen.

Die Bonner Koalition täte gut daran, anläßlich der Woche des ausländischen Mitbürgers zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen.

(-/26. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*